



Jüngere Deutsche sehen die Marktwirtschaft kritisch – sind aber deswegen nicht automatisch Marx-Anhänger. Foto: dpa

# Marktwirtschaft – nein danke?

Unter jungen Menschen schwindet das Vertrauen in die kapitalistische Wirtschaftsordnung **VON STEFAN ROCHOW**

Es ist eine Nachricht, die einerseits in Zeiten von Ukraine-Krieg, Corona-Pandemie, Klimawandel und wirtschaftlicher Krise nicht vollkommen überrascht, aber dennoch bei nicht wenigen Menschen Anlass zur Sorge geben dürfte: Junge Menschen in Deutschland, so das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, denken überwiegend antikapitalistisch und trauen der Sozialen Marktwirtschaft nicht viel zu.

Das Meinungsforschungsinstitut Civey befragte im Auftrag des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ von November 2021 bis

zum Januar 2022 mehr als 3000 junge Menschen zwischen 16 und 29 Jahren zu ihren Einstellungen in Bezug auf die Wirtschaftsordnung und die konjunkturelle Lage. Sechs von zehn Befragten sagten gegenüber Civey, dass sie nicht der Ansicht sind, dass die Wirtschaftsordnung in Deutschland die Verheißungen einer Sozialen beziehungsweise sozialen Marktwirtschaft tatsächlich erfüllt. Besonders junge Frauen empfinden, dass Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen: Nur knapp jede fünfte weibliche Befragte lebt gefühlt in der sozialen Marktwirtschaft – bei jungen Männern sind es doppelt so viele. Blickt

man jedoch auf die politische Orientierung der Befragten, dann unterscheidet sich die Einstellung zur Marktwirtschaft und zum Kapitalismus erheblich. Denn während bei Anhängern von CDU/CSU und der FDP eine absolute Mehrheit die soziale Marktwirtschaft als gesellschaftliche Realität ansieht, ist das bei potenziellen Wählern aller anderen Parteien nicht der Fall – am seltensten bei denen der Linken und der AfD. „Ist der Kapitalismus das bestmögliche Wirtschaftssystem in Deutschland?“ Nur eine knappe relative Mehrheit der jungen Menschen würde diese Frage bejahen. Auch bei der Beantwortung dieser Frage spielt

die politische Orientierung eine Rolle: Wer den Kapitalismus für das bestmögliche Modell hält, sieht auch die soziale Marktwirtschaft mit höherer Wahrscheinlichkeit verwirklicht und umgekehrt. Nur die Anhänger der AfD sind trotz ihrer kritischen Einschätzung mit absoluter Mehrheit grundsätzlich für den Kapitalismus.

Woher kommt aber der Zweifel an der Sozialen Marktwirtschaft? Darüber gibt die Umfrage von Civey und Spiegel leider kaum Auskunft. Gemutmaßt wird hier, dass Corona und die damit verbundenen Wirtschaftsprobleme allgemein zur Ernüchterung beigetragen haben. Die Gründe könnten aber auch tiefer liegen.

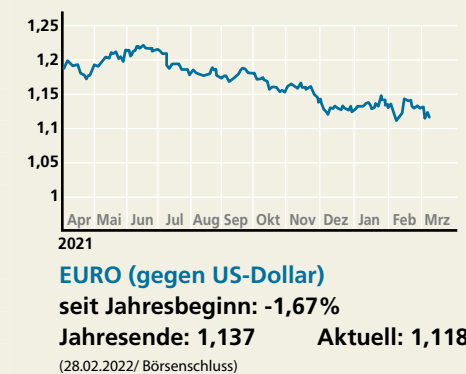
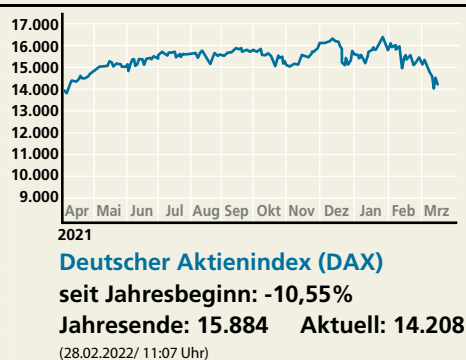
## Marktüberblick

### AKTIENMÄRKTE: RUSSLAND-SANKTIONEN BELASTEN DEN DAX

Obwohl die Sanktionen gegen Russland den Westen möglichst verschonen sollen, zeigen sich viele deutsche Anleger nach den jüngsten Eskalationen nervös. Nicht nur der russische Aktienmarkt bekommt die Folgen des Ukraine-Krieges derzeit zu spüren. Aus Furcht vor den wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges ziehen sich auch weitere Anleger aus dem deutschen Aktienmarkt zurück. Zu Wochenbeginn stach jedoch das deutsche Unternehmen Rheinmetall mit einem Kurssprung von fast 50 Prozent heraus. Der Ukraine-Krieg sei ein Weckruf für die NATO, sagte ein Marktbeobachter, daher rechne er mit deutlich wachsenden Verteidigungshaushalten. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte bereits am vergangenen Sonntag angekündigt, den Bundeshaushalt 2022 einmalig mit einem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden für „notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben“ ausstatten zu wollen.

### MATERIALMANGEL BREMST INDUSTRIE-AUFSCHWUNG

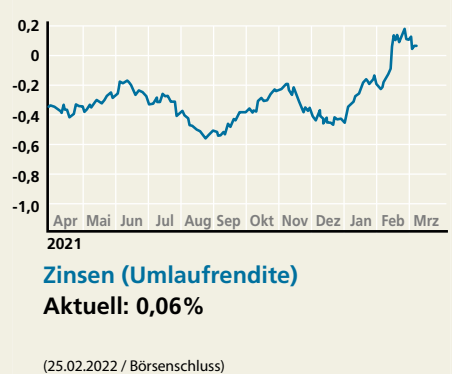
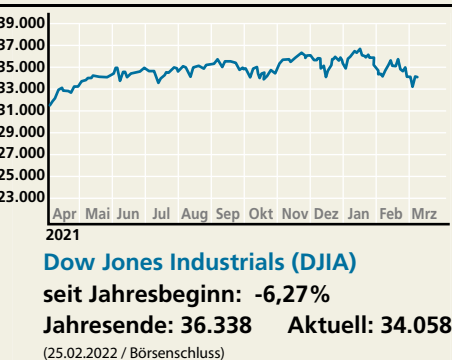
Der Materialmangel in der deutschen Industrie hat sich im Februar wieder verschärft. Fast drei Viertel der Firmen klagten über Engpässe und Probleme bei der Beschaffung von Vorprodukten und Rohstoffen, wie das Münchner Ifo-Institut zu seiner monatlichen Unternehmensumfrage mitteilte. Im Januar lag der Wert noch bei rund 67 Prozent und es hatte sich eine leichte Entspannung angedeutet. Im Februar nahmen aber die Materialknappheiten wieder zu. Vor allem in den Schlüsselbranchen Automobil und Maschinenbau klagten laut Ifo-Institut 89 Prozent über Lieferprobleme. Für die betroffenen Unternehmen bleibt es somit schwierig, die eigentlich gute Auftragslage in Produktion umzusetzen. Engpässe haben im



vergangenen Jahr die deutsche Wirtschaft merklich ausgebremst. Dem Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) zufolge lag die Industrieproduktion um etwa zwölf Prozent unter dem Niveau, das angesichts hoher Auftragsgänge eigentlich hätte erreicht werden können. Dies entspricht laut IfW einer entgangenen Wertschöpfung von etwa 70 Milliarden Euro.

### RUSSISCHER RUBEL STÜRZT AB

Die russische Wirtschaft bekommt die ersten Auswirkungen der westlichen Sanktionen wegen Russlands Angriffskrieg in der Ukraine zu spüren. Der russische Rubel stürzte am vergangenen Montag gegenüber dem US-Dollar um zeitweilig mehr als 40 Prozent auf ein Rekordtief ab. Zu den Einschränkungen aufgrund des von Präsident Wladimir Putin befohlenen Einmarschs gehört auch, dass die russische Zentralbank an den westlichen Finanzmärkten keine Transaktionen zur Stützung ihrer Wäh-



lung mehr machen kann. Bereits am vergangenen Samstag hatten die westlichen Staaten Banken als Teil der Sanktionen gegen Moskau vom internationalen Swift-Finanzsystem ausgeschlossen – die Schweiz zog am Montag nach. Der Swift-Ausschluss soll die russische Wirtschaft hart treffen: Die betroffenen Banken können nämlich nicht mehr mit anderen Ländern kommunizieren. Dies wird Zahlungs- und Warenströme verlangsamen und teilweise auch ganz verhindern. Russlands Zentralbank versucht ihrerseits, den Druck auf den Rubel und das heimische Finanzsystem zu vermindern: Sie verbietet Wertpapierhändlern, russische Wertpapiere im Besitz von Ausländern zu verkaufen. Derzeit kommt es derzeit in Russland zu einem „Bankrun“: Die Bürger fürchten, dass aufgrund neuer westlicher Sanktionen die Bargeldabhebungen stark eingeschränkt werden und bilden deswegen lange Schlangen an den Geldautomaten.

## KOLUMNE

### Der große Pflege-Skandal

VON JÖRG ALTHAMMER

In den vergangenen Wochen wurde in den Medien über gravierende Missstände in deutschen Pflegeheimen berichtet. Diese Missstände reichten von mangelnder Hygiene bis hin zu Vernachlässigung, unzureichender medizinischer Versorgung, ja selbst Mangelernährung von Pflegebedürftigen. Erst nach langem Zögern und anhaltender Kritik haben die zuständigen Behörden reagiert und die Skandalheime geschlossen. So wichtig die Information der Öffentlichkeit auch ist, sie hilft letztlich nicht weiter. Denn um die Auswüchse in der stationären Pflege dauerhaft zu unterbinden, müssen die eigentlichen Ursachen für diesen Skandal erkannt und abgestellt werden.

Drei Aspekte sind hier zu nennen. Erstens: Die Heime, in denen diese eklatanten Missstände auftraten, befanden sich alle in privater Trägerschaft. Im Unterschied zu gemeinnützigen oder staatlichen Trägern betreiben private Unternehmen diese Pflegeeinrichtungen nicht primär aus berufsethischen Gründen, sondern mit dem Ziel der Gewinnmaximierung. Das ist für sich genommen unproblematisch. Unser gesamtes marktwirtschaftliches System beruht ja aus guten Gründen auf Privateigentum und unternehmerischer Initiative.

Aber ein Markt funktioniert nur, wenn die Qualität der erzeugten Güter und Dienstleistungen bekannt ist und wenn bestimmte qualitative Mindeststandards nicht unterschritten werden. Für die Pflegeeinrichtungen geschieht diese Qualitätskontrolle durch den medizinischen Dienst der Prüfdienst der PKV. Und hier kommen wir zum zweiten und eigentlichen Problem: Denn der medizinische Prüfdienst ist mit dieser Aufgabe hoffnungslos überfordert. Schon aus Kapazitätsgründen konzentriert er sich auf die Überprüfung der sogenannten „Strukturqualität“ der Pflege. Diese Strukturqualität bemisst sich nach Kennziffern, die entweder von den Trägern selbst gemeldet oder die bei der Leitung einer Einrichtung erfragt werden. Denn eine Befragung von Heimbewohnern, die Informationen über die tatsächliche Ergebnisqualität der Pflegeleistung erbringt, ist zeitintensiv und findet aus Kapazitätsgründen nur stichprobenartig statt. Und schließlich muss man sich drittens auch fragen, ob die Qualitätsprüfung bei den Pflegekassen institutionell richtig verortet ist. Denn die Pflegekassen haben ebenso wie die Träger der Pflegeheime ein Interesse an einer möglichst kostengünstigen Leistungserbringung. Auch daran ist zunächst nichts auszusetzen, sofern Kosteneffizienz nicht bedeutet, dass sie zu Lasten der Pflegequalität geht. Dass die Qualitätssicherung in der stationären Pflege gravierende Mängel aufweist, wird auch in der Politik nicht bestritten. Die Qualitätsprüfung wurde bereits mehrfach überarbeitet – zuletzt im Jahr 2019 –, ohne dass sich hier eine Besserung abzeichnet. Oft wird behauptet, der Pflegeskandal sei letztlich darauf zurückzuführen, dass der Staat zu wenig Geld für die Pflege ausgibt. Aber das stimmt so nicht: Auch unter den gegebenen Vergütungsstrukturen sind karitative und freigemeinnützige Träger in der Lage, eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung sicherzustellen. Die Pflege darf jedoch kein Ort für Renditejäger sein.

Für sein Buch hat Zitelmann bei den Meinungsforschungsinstituten Allensbach und Ipsos eine Bevölkerungsumfrage in 14 Ländern über die Haltung zum Kapitalismus in Auftrag gegeben. Die größten Anhänger des Kapitalismus leben demnach interessanterweise in Polen – die meisten Anti-Kapitalisten wiederum leben in Frankreich. Insgesamt ist nur in vier Ländern die Zahl der Anhänger des Kapitalismus größer als die der Gegner: in den USA, Korea, Japan und Polen.

Dass auch Deutschland eher im antikapitalistischen Lager zuhause ist, verwundert Rainer Zitelmann nicht: In seinem Innersten ist Deutschland laut Zitelmann immer staatsgläubig und etatistisch gewesen – was der frühere Bundeswirtschaftsminister und -kanzler Ludwig Erhard nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft geschaffen hat, sei historisch eher als eine Ausnahme zu betrachten. Auch Erhard habe, so Zitelmann, beispielsweise das Wort „Kapitalismus“ gemieden, und lieber von „Sozialer Marktwirtschaft“ gesprochen. Denn dieser wusste, so der Soziologe, um die mehrheitlich antikapitalistische Grundeinstellung vieler Deutscher sowie um die lang anhaltende Tradition dieses Denkens.

Um nicht weiterhin zahlreiche Vorurteile gegenüber dem Kapitalismus zu bestätigen, liegt es nun vor allem an der Ampelkoalition, das Vertrauen sowohl in die Leistungsfähigkeit als auch in die soziale Wirksamkeit der Marktwirtschaft neu zu entfachen.



Der Autor ist Professor für Wirtschaftsethik und Sozialpolitik an der KU Eichstätt-Ingolstadt. Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ in Mönchgladbach. Foto: Privat